

nachrichten

Unpopuläre Kabinetts-umbildung

Premierminister Mahathir nahm am 16. Januar 2001 die erste Kabinettsumbildung seit den Wahlen im September 1999 vor. Die Ernennung des ehemaligen Generaldirektors des islamistischen Entwicklungszentrums, Abdul Hamid Zainal Abidin, zum Minister für islamische Angelegenheiten wird als Versuch gewertet, die islamische Basis und Klientel der Partei zu stärken und die Religion wieder stärker in die Politik einzubinden. Das neu eingerichtete Ministerium für Frauenangelegenheiten, dem die ehemalige Vize-Ministerin und Abgeordnete des Repräsentantenhauses Shahrizat Abdul Jalil vorsteht, ist laut Aussagen Mahathirs auf Druck bestimmter Parteien entstanden. Der neue Bildungsminister Musa Mohamad genießt aufgrund seines Umgangs mit Kritik in der Vergangenheit auch bei Mitgliedern der Regierungspartei *United Malay National Organisation* (UMNO) keinen guten Ruf.

Obwohl die malaysische Verfassung die Ernennung von Ministern durch den Premierminister erlaubt, äußerte sich Beobachter Dr. Abdul Aziz Bari, Professor an der Internationalen Islamischen Universität, kritisch gegenüber dem demokratischen Gehalt einer solchen Entscheidung. P. Ramasamy, Professor der Politikwissenschaft an der Universität Kebangsaan Malaysia sagte, die Regierung sollte das Kabinett mehr »Bevölkerungsfreundlich« als »Businessfreundlich« machen.

vgl. *Malaysiakini*, 16.1., 22.1.2001

Kontroverse um die chinesische Grundschule

Anhaltende Proteste begleiten die geplante Schließung der chinesischen Grundschule Damansara SJK. Zu Beginn des Jahres 2001 hatte das Erziehungsministerium die Schüler aufgefordert, an die Grundschule Puay Chai zu wechseln, bis eine neue Schule im 20 Minuten entfernten Tropicana fertiggestellt ist. Als Gründe für die Schließung der alten Schule wurden Sicherheitsgefährdungen durch Überfüllung, Verschmutzung und Verkehrsstaus aufgrund der naheliegenden Schnellstraße angegeben. 1300 der Schüler kamen der Aufforderung nach, die Eltern von 70 Schülern weigerten sich jedoch, die Damansara-Schule zu verlassen. Sie werfen dem Ministerium vor, das Grundstück an Geschäftsleute verkaufen zu wollen. Der Vorsitzende der Democratic Action Party (DAP) Lim Kit Siang sah die Verlegung der Schule in Verbindung mit der zögerlichen Absicht der Regierung, ausreichend chinesisch-sprachige Grundschulen zur Verfügung zu stellen. Seit der Unabhängigkeit Malaysias seien erst zehn chinesisch-sprachige Schulen gebaut worden, davor immerhin rund 1200, so sein

Kollege Teng Chang Kim. Politiker der Oppositionspartei Parti Rakyat Malaysia (PRM) und der PAS unterstützen die Forderungen der Eltern und warnten, dass eine siegreiche Entscheidung des Ministeriums später auch muslimische Schule betreffen könne.

Am 5. Februar verhaftete die Polizei vier Eltern und Schüler, die vor dem Bildungsministerium in Damansara für die Erhaltung der alten Schule in einen Hungerstreik getreten waren.

Der Bau der Schule in Tropicana ist bereits seit 1999 geplant, erst Anfang Februar diesen Jahres ist mit den Arbeiten begonnen worden. Eine Fertigstellung in acht Monaten wird angestrebt. Laut eines Beraters der Komitees zur Erhaltung der Damansara-Schule ist der Standort der neuen Schule aufgrund von Hochspannungsdrähten nicht sicher. Der Vorsitzende der nationalen Lehrervereinigung (NUTP) Siva Subramaniam forderte das Ministerium zudem auf, Berichte der Eltern über »unlautere Methoden« bei der Forderung nach einem Wechsel der Schüler zu überprüfen.

vgl. *Malaysiakini*, 18.1., 6.2., 13.2.2001

Gespräche über »malaiische Einheit«

Zu einem Mittagessen über die »malaiische Einheit« will Premierminister Mahathir die Oppositionspartei Pan Malaysian Islamic Party (PAS) einladen. Der Parteivorsitzende der PAS, Fadzil Noor, signalisierte Zustimmung, sprach sich aber für eine Ausweitung der Agenda auf Fragen der »nationalen Einheit« aus. PAS möchte nicht nur den Anwar-Prozess, sondern auch die Beziehungen zwischen der Regierung und den von einer PAS-Mehrheit kontrollierten östlichen Provinzen Kelantan und Terengganu diskutieren. Mahathir hatte letzterer die Verfügungsrechte über eigene Ölressourcen, welche die Provinzregierung seit über 25 Jahren innehatte, entzogen. Weitere Streitpunkte

sind der Missbrauch öffentlicher Gelder für die finanzielle Sanierung regierungsnaher Firmen sowie die Forderung der Regierungspartei *United Malay National Organisation* (UMNO) an PAS, das Wort »Islam« aus ihrem Parteinamen zu streichen. Aufgrund des massiven Eingreifens in jüngste Veranstaltungen der Opposition hat der PAS-Parteivorsitzende Noor die ursprünglich für den 19.2. angesetzten Gespräche zunächst verschoben. Noor betrachtet die Gespräche jedoch als eine Möglichkeit »ernsthafte Diskussionen« und hofft auf eine Einigung mit der UMNO.

vgl. *Malaysiakini* 20.1., 18.2.2001; *Asia Times* 17.2.2001

Proteste gegen die Regierung reißen nicht ab

Zweimal innerhalb einer Woche trieb die Polizei Protestkundgebungen mit Tränengas und mit Chemie vermischten Wasserwerfern auseinander. Am 18.2.2001 hatten rund 250 Menschen vor dem Gerichtsgebäude in Kulim, rund 350 nördlich von Kuala Lumpur, zum Prozessbeginn gegen neun Politiker der *National Justice Party*, auch bekannt als Keadilan, demonstriert. Diese werden angeklagt, bei den Nachwahlen in der Provinz Kedah am 29. November letzten Jahres Regierungsanhänger absichtlich von der Teilnahme an der Wahl abgehalten zu haben. Die Regierungspartei *United Malay National Organisation* (UMNO) hatte eine Niederlage in der Heimat ihres Vorsitzenden Mahathirs hinnehmen müssen.

Die Demonstranten trugen Schilder mit der Aufschrift »Freiheit für Anwar« und riefen »Mahathir tritt zurück!«. Ebenfalls am 18.2. mussten sich führende Polizeioffiziere für gewaltsame Aktionen gegen Demonstranten am 5. November letzten Jahres vor der malaysischen Menschenrechtskommission (Suhakam) verantworten.

Bei einer am 14. 2.2001 von der Oppositionspartei Keadilan organisierten Kundgebung ist die Polizei ebenfalls gegen friedliche Demonstranten vorgerückt. Rund 10.000 Menschen hatten sich im Wahlkreis des Premierministers, Kubang Pasu, rund 500 Kilometer nördlich von Kuala Lumpur, zu der bislang größten Protestveranstaltung in diesem Jahr zusammengefunden. Mit der Veranstaltung wollte die Opposition das Überlaufen von rund 300 Mitgliedern der UMNO zur Opposition bei den Wahlen zum Parlament im September 1999 feiern.

vgl. *CNN online* 15.2.2001, 18.02.2001

Verwirrung um ein Presseverbot

Noch keine endgültige Aussage wollte der stellvertretende Premierminister Abdullah Ahmad Badawi in Bezug auf das Berichterstattungsverbot für die Internet-Zeitung *Malaysiakini.com* machen.

Am 4.2.2001 hatte der stellvertretende Innenminister Chor Chee Heung verkündet, dass Reporter von *Malaysiakini* nicht über eine Veranstaltung des stellvertretenden Premiers in Kuala Lumpur berichten dürfen. Später wurde *Malaysiakini* jedoch die Berichterstattung erlaubt. Zwei Tage danach sagte Chor, dass sich das Verbot der Teilnahme an Regierungssammlungen auf alle nicht bei dem Informationsministerium registrierten Medien bezieht. *Malaysiakinis* Antrag auf Akkreditierung hatte das Ministerium letztes Jahr mit der Begründung abgelehnt, Internetzeitungen bräuchten keine Presselizenzen. Ein Sekretär des Informationsministeriums, Senator Zainuddin Maidin, äußerte in einer nationalen Fernsehsendung am 8.2.2001, dass das Verbot gegenüber *Malaysiakini* nicht wegen regierungskritischer Berichterstattung, sondern wegen mangelnder Glaubwürdigkeit ausgesprochen wurde.

Malaysiakini war nach einem Bericht der Far Eastern Economic Review (FEER) vom 8.2. in den Verdacht geraten, direkte Finanzierung aus den Fonds des berühmten Spekulanten George Soros zu erhalten. Später nahm die FEER diese Information zurück.

Im November 1999 durch eine Gruppe unabhängiger Journalisten gegründet, besuchen rund 100.000 Leser täglich die Webseite von *Malaysiakini*. Für ihre Berichterstattung gewann die Internetzeitung zwei internationale Presseauszeichnungen.

vgl. *AsiaTimes*, 17.2.2001,
Malaysiakini, 12.2.2001

»Aktionsfront« gegen Chinesen oder Mahathir ?

Mehr als 3000 malaiische Nationalisten haben sich auf einer Demonstration am 4. Februar 2001 für die Stärkung einer Malaiien-begünstigenden Politik (affirmative action policy) ausgesprochen. An der von dem neu gegründeten Bündnis Malay Action Front (MAF) organisierten Veranstaltung nahmen Regierungsbeamte und führende Vertreter der »Anti-Mahathir«-Fraktion innerhalb der United Malay National Organisation (UMNO) als Redner teil. Der ehemalige Parlamentsabgeordnete Sulaiman Mohamad von Kampung Baru, einem historischen Ort malaiischer Demonstrationen und der stellvertretende Informationsminister Khalid Yunus beschworen den Kampfgeist malaiischer Truppen in den 50er und 60er Jahren. Der Vorsitzende der MAF, Mazlan Harun forderte Premierminister

Mahathir auf, auf die Stimme des Volkes zu hören und sein Kabinett zu säubern, damit es wieder »glaubwürdig werde, speziell für Malaien«.

Mahathir warnte vor der Teilnahme an der Veranstaltung, um keine ethnischen Spannungen zu verursachen. Malaiische Oppositionsparteien, die auch chinesische Interessensgruppen bedienen, boykottierten die Veranstalter, eine anti-chinesische Agenda aufzustellen. Die Nationale Gerechtigkeitspartei (Keadilan) plant eine Gegenveranstaltung ähnlich der Protestkundgebung »Black 14« ein Jahr nach dem Prozessbeginn gegen den designierten Finanzminister Anwar Ibrahim im August 1999.

vgl. *CNN.com*, 4.2.2001;
Malaysiakini, 5.2., 7.2.2001

Staatsanwalt des Anwar-Prozesses zum Richter ernannt

Die Ernennung des ehemaligen Generalstaatsanwalts Mohtar Abdullah am 23.1.2001 zum Richter des Bundesgerichtshofs, dem höchsten Gericht in Malaysia, sorgt für heftige Kritik in den Reihen der Opposition. Mohtar war an der Prüfung der Anklage gegen den designierten Finanzminister Anwar Ibrahim beteiligt gewesen. »Mohtars Ernennung hat in der Öffentlichkeit die Hoffnung hinsichtlich des Er-

folgs der geplanten Justizreformen durch den Obersten Richter Mohamed Dzaidin Abdullah gedämpft«, sagte der Vorsitzende der Democratic Action Party (DAP) Lim Kit Siang. Er forderte die Regierung auf, eine Kommission zur Überprüfung der siebenjährigen Amtszeit Mohtars einzuberufen.

vgl. *Malaysiakini* 30.1.2001 und
AsiaTimes, 17.2.2001

Fernandez-Bericht über Camp bestätigt

Die Aussage des ehemaligen Häftlings im Lager von Melaka, des Bangladeschi Abdul Alim, bestätigt einen Bericht von Irene Fernandez über Folter und Morde unter illegalen Einwanderern. Aufgrund der Nicht-Verfügbarkeit eines Dolmetschers war die Zeugenvernehmung insgesamt 147 Mal verschoben worden. Die Menschenrechtsaktivistin

Fernandez hatte ihren umstrittenen Bericht über die Zustände in Einwanderercamps auf einer Pressekonferenz im August 1995 vorgelegt. Seit 1996 steht sie wegen »Verbreitung falscher Informationen« vor Gericht. Der Prozess ist der am längsten andauernde Strafprozess in der Geschichte Malaysias.

vgl. *Malaysiakini*, 22.1.2001

nach richten

Wahlkomitee zieht Forderungen zurück

Nach mehreren Treffen hinter geschlossenen Türen mit der Jugendabteilung der *United Malay National Organisation* (UMNO) hat das malaiisch-chinesische Wahlkomitee (*Suqiu*, chin. = um etwas bitten) sieben Unterpunkte ihrer Forderungen zurückgezogen. *Suqiu* hatte im Vorfeld der Wahlen im September 1999 Regierungsparteien einen 17-Punkte-Katalog vorgelegt, in dem sie u.a. die in der Verfassung festgeschriebenen, speziellen Rechte für Malaien kritisierten. Rund 2000 Organisationen (darunter auch nicht-chinesische) hatten diese Forderungen unterzeichnet. Lokale Medien (Nachrichtenagentur Bernama, malaiische Zeitungen *Berita Harian* und *Utusan Malaysia*) spekulierten darüber, ob die UMNO *Suqiu* zu diesem Schritt gezwungen habe. Der Vorsitzende *Suqius*, Quek Suan Hiang, betonte jedoch, dass die Punkte »im Zuge ethnischer Spannungen beiseite gelegt« und nicht »zurückgezogen« oder »aufgegeben« wurden.

Die zwölf beteiligten chinesischen Gruppen bedauerten die Entscheidung *Suqius*, die mit den Organisationen nicht abgesprochen worden war. Sie bezeichneten das Ereignis als ein negatives Signal für die demokratische Entwicklung des Landes.

vgl. *Malaysiakini*, 8.1.2001,
17.1.2001